

Große Versprechen, klamme Kassen

Sozialpolitik – Bei der Frage nach Leistungen und Finanzierung liegen die Parteien weit auseinander. Kurz-Analyse der Wahlprogramme **VON KARIN BIRK**

Welche Sozialpolitik den Parteien vorschwebt und was dabei wichtig fürs Handwerk ist.

SPD: In der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) will die SPD das Rentenniveau bei „mindestens 48 Prozent“ sichern. Die Regelaltersgrenze von 67 Jahren sowie den zwei Jahre früheren abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren will sie beibehalten. Sie möchte mehr Selbstständige in die GRV einbeziehen, die betriebliche Altersvorsorge ausbauen und die private RV für kleine und mittlere Einkommen fördern. Nach Erreichen der Regelaltersgrenze will sie Weiterarbeit beim gleichen Arbeitgeber ermöglichen (kein Vorbeschäftigungsverbot).

In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (GKV) befürwortet sie die Bürgerversicherung. Die Beiträge sollen sich stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Versicherungsrechtliche Aufgaben sollen ausreichend steuerfinanziert werden. Die Pflegekosten will sie bei 1.000 Euro deckeln.

In der Arbeitslosenversicherung werden Qualifizierungszeiten nicht mehr auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (ALG) angerechnet. Steuerfinanziertes Bürgergeld bleibt, Mitwirkung fordert die SPD ein. Höhere Sozialkassen-Einnahmen durch mehr Beschäftigung, höhere Löhne. Für Bundestarifreugesetz.



Illustration: Kostas Koulogiorgos/dieKleiner.de

der Arbeitslosenversicherung keine Verschiebung steuerfinanzierter in beitragsfinanzierte Ausgaben. Statt Bürgergeld neue Grundsicherung. Wer grundsätzlich nicht arbeiten will, bekommt diese gestrichen.

Grüne: Schrittweiser Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung in Bürgerversicherung. Nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige sollen „unter fairen Bedingungen“ einbezogen werden. Weiterhin Rente mit 67, Rentenniveau von mindestens 48 Prozent und Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte. Arbeitende Rentner bekommen Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung ausbezahlt. Über staatliche Mittel soll eine ergänzende Kapitaldeckung in der GRV aufgebaut werden. Die Erträge sollen auch zur Finanzierung einer Garantierente beitragen. Auch Förderung der privaten Altersvorsorge. Für Bürgerversicherung in der GKV. Beitragszahler von versicherungsfremden Leistun-

gen entlasten. Bei der Beitragsbemessung Einnahmen aus Kapitalerträgen berücksichtigen, um Löhne und Gehälter vor höheren Beiträgen zu schützen. Grüne halten am Bürgergeld mit starken Arbeitsanreizen fest. Für starke Tarifbindung und Einführung des Bundestarifreugesetzes sowie vereinfachten Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige.

FDP: Sozialausgaben bei 40 Prozent deckeln. Helfen sollen kapitalgedeckte Elemente in der GRV (gesetzliche Aktienrente). Betriebliche und private Altersvorsorge (Altersvorsorge-Depot) fördern. Letztere soll für Selbstständige offen sein. Für flexiblen Renteneintritt.

Weiter für duales System in der Kranken- und Pflegeversicherung. In der GKV sollen Ausgaben nicht stär-

ker wachsen als Einnahmen. Leistungsausweitungen der letzten zehn Jahre sollen überprüft und gegebenenfalls gestrichen werden. Pflegeversicherung soll durch kapitalgedeckte Komponente ergänzt werden.

Für grundlegende Bürgergeld-Reform. Von erwerbsfähigen Arbeitslosen mehr Eigeninitiative bei Jobsuche verlangt, ansonsten weniger Leistungen. Für bessere Hinzuverdienstregelungen in der Grundsicherung und im Wohngeld. Flexiblere ALV. Für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit, für Tarifautonomie.

AID: Generell gegen Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Sozialversicherungsbeiträgen. In die GRV sollen künftig mehr Erwerbstätige, darunter auch mehr Beamte, einzahlen. Der Renteneintritt soll flexibler und freiwilliges Arbeiten im Rentenalter attraktiver werden. Weiterhin abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Mittelfristig Erhöhung des Rentenniveaus. Anstehende

Rentenbeitragsrhebungen sollen durch Steuersenkungen für Beschäftigte und Unternehmen ausgeglichen werden. Die Elternschaft soll stärker bei der Rente beachtet und private und betriebliche AV steuerlich gefördert werden. Weiter für duales System von GKV und PKV. Die beitragsfreie Mitversicherung von Empfängern von Bürgergeld soll künftig nicht mehr in Teilen durch die Beitragszahler finanziert werden. Grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung mit eingeschränkten Leistungsansprüchen. Bürgergeld will die AfD zu einer „aktivierenden Grundsicherung“ umbauen. Motto: Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten.

Die Linke: Sie ist für eine Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen. Rentenniveau soll auf 53 (heute: 48) Prozent steigen, Beitragsbemessungsgrenze verdoppelt werden, Regelaltersgrenze auf 65 (67) sinken und abschlagsfreie Rente nach 40 Beitragsjahren auf 60 möglich sein. Niedrige Rentenansprüche will sie durch Steuermittel bis zu 1.400 Euro aufwerten. Versicherungs-fremde Leistungen will sie aus Steuern bezahlen. Gegen Aktienrente.

Sie will eine solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung aller Erwerbstätigen. Dabei soll die Beitragsbemessungsgrenze wegfallen und Einkünfte wie Kapitalerträge einbezogen werden, damit die Beiträge sinken. Bürgergeld in sanktionsfreie Mindestsicherung umbauen. Tarifreugesetz.

BSW: Gefordert wird Mindestrente von bis zu 1.500 Euro nach 40 Versicherungsjahren. Alle sollen in gesetzliche Rente einzahlen. Außerdem: abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren, stabiles Renteneintrittsalter, gegen Aktienrente und Förderung privater Vorsorgemodelle. Für Ende der „Zwei-Klassen-Medizin“ und für Bürgerversicherung einschließlich einer Pflegevollversicherung. Versicherungsfremde Leistungen wie Beiträge für Bürgergeld-Empfänger will sie aus Steuern finanzieren. Bürgergeld durch leistungsstarke und leistungsgerechte Arbeitslosenversicherung und faire Grundsicherung ersetzen. Für Selbstständige Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Für höhere Tarifrquote für Deutschland und stärkere Mitbestimmung.

Steuersätze (Umsatzsteuer) gelten. Für mehr Investitionen soll die Schuldenbremse abgeschafft werden.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht **BSW** will Einkommen bis 7.500 Euro brutto steuerlich entlasten und „überdurchschnittliche Einkommen und Großvermögen“ belasten. So soll der Grundfreibetrag erhöht und der Spitzensteuersatz erst bei sehr hohen Einkommen greifen. Die gesetzliche Rente bis 2.000 Euro soll steuerfrei bleiben. Für Sozialabgaben soll es einen Grundfreibetrag geben. Das BSW will die Vermögenssteuer reaktivieren: Für Vermögen ab 25 Millionen Euro soll der Steuersatz bei einem Prozent, für Vermögen ab 100 Millionen Euro bei zwei Prozent und bei solchen über einer Milliarde Euro bei 3 Prozent liegen. Die Schuldenbremse soll so reformiert werden, dass kreditfinanzierte Investitionen in Infrastruktur und Wohnungen nicht berücksichtigt werden.

Zu diesem Schwerpunkt: Berücksichtigt werden die derzeit im Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen. Die Reihenfolge ergibt sich aus der Anzahl der Sitze im Bundestag.

Alle wollen günstige Energie bereitstellen

Energiewende und Klimaschutz – Unisono versprechen die Politiker Kostensenkungen. Klimaschutz ist nicht bei allen Parteien beliebt **VON KARIN BIRK**

Was den Parteien in Sachen Energiepolitik und Klimaschutz vorschwebt und welche Rolle das Handwerk dabei spielt.

SPD: Sie will wettbewerbsfähige Energiepreise durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und Netzausbau. Netzentgelte will sie „schnellstmöglich“ bei 3 Cent/kWh deckeln sowie die Energiesteuer für das produzierende Gewerbe auf das EU-Mindestmaß von 0,5 Cent/kWh senken. Der Atomausstieg bleibt.

Deutschland soll 2045 klimaneutral sein. Den EU-Green-Deal will sie unterstützen und höhere CO₂-Preise durch Klimageld abfedern. Sie setzt auf klimaneutrale Wärmenetze samt Preisausficht. Fördergelder gibt es für die, die sich klimafreundliche Lösungen (Wärmepumpe) sonst nicht leisten können. Sie will E-Mobilität/Ladeinfrastruktur ausbauen und E-Autos bei Kauf und Leasing steuerlich fördern. Auch gewerblich genutzte E-Fahrzeuge will sie unterstützen. Drohende Strafzahlungen wegen Nichteinhaltung von EU-Flottengrenzern will sie in Brüssel verhindern.

CDU/CSU: Die Union möchte bezahlbare, sichere, saubere Energie und Technologieoffenheit. Sie will eine Entlastung bei der Stromsteuer und den Netzentgelten von mindestens 5 Cent/kWh. Sie befürwortet den Ausbau von Erneuerbaren und eine pragmatische Kraftwerksstrategie zur Versorgungssicherheit. Kernenergie bleibt Option. Klimaneutralität bis 2045 hält sie „fest im Blick“. Für weniger Treibhausgas setzt sie auf Emissionshandel und CO₂-Bepreisung. Mit Einnahmen zuerst Stromsteuer und Netzentgelte senken, Klimabonus vorgesehen. Ausbau des Wasserstoffkernnetzes für alle Wirtschaftsregionen geplant.

Sie will technologieoffene, emissionsarme Wärmelösungen fördern und das Heizungsrecht abschaffen. Das Verbrennerverbot ab 2035 soll rückgängig gemacht, die Flottengrenzwerte überprüft und EU-Strafzahlungen verhindert werden. Für Ausbau E-Mobilität/Ladeinfrastruktur. Kraftstoffe wie E-Fuels, Biokraftstoff und Wasserstoff nutzen.

Grüne: Sie wollen dauerhaft günstige, verlässliche und klimaneutrale Ener-

gie. Übernahme der Netzentgelte für überregionale Stromleitungen aus Deutschlandfonds und Senken der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß. Sie stehen für den beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren. 2030 sollen sie 80 (heute: 60) Prozent des Strombedarfs decken. Keine Atomkraft, keine Gasförderung in Deutschland, Wasserstoffnetz-Ausbau.

Die EU soll 2050, Deutschland 2045 klimaneutral sein. Dabei setzen sie auf einen Mix aus CO₂-Preis, gezielter Förderung, Ordnungsrecht, Klimageld sowie Green-Deal.

Das Heizungsrecht bleibt. Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen werden gefördert. Sie befürworten Wärmenetz-Ausbau und Preisaufsicht bei Fernwärme.

Ab 2035 nur klimafreundliche Antriebe nur zulassen. Keine Abschwächung der EU-Flottengrenzwerte. Hochlauf der E-Mobilität/Ladeinfrastruktur stärken. Dazu sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize für verbrauchsarme E-Fahrzeuge aus EU.

FDP: Für niedrige Energiepreise und Technologieoffenheit. Stromsteuer

auf EU-Mindestmaß senken und mittelfristig für europaweite Abschaffung. Netzentgelte reformieren und senken. Ausbau von Erneuerbaren und Netz besser abstimmen. Heimisches Erdgas fördern.

Klimaziele in EU und Deutschland bis 2050 kostengünstig wie möglich erreichen. Dazu EU-Emissionshandel und CO₂-Bepreisung nutzen. Mittelfristig dafür Steuern auf Heiz- und Kraftstoffe und Kfz-Steuer aufheben. Soziale Kosten über Klimadividende abfedern. Erneuerbare voll in Markt überführen, keine EEG-Förderung für neue Anlagen. Wiederinbetriebnahme vorhandener Kernkraftwerke rechtlich ermöglichen. Heizungsrecht abschaffen und keinen Anreiz für emissionsfreie Heizungsanlagen. Die FDP steht für Aufhebung des „faktischen Verbrenner-Verbot ab 2035“ und für klimaneutrale Kraftstoffe.

AID: Sie möchte ausreichend Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen und befürwortet Reduzierung der Energiepreise und Stromsteuer auf ein Minimum. Sie ist gegen die Vorrang-einpeisung oder Vergütung von Erneuerbaren.

Gegen Emissionshandel im Wärme- und Verkehrssektor, stattdessen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen. Heizungstausch sozial gestalten und Kommunen bei Ausbau von Wärmenetzen fördern. Sie will am Verbrenner-Aus festhalten, E-Mobilität und Ladeinfrastruktur hochfahren.

BSW: Für wettbewerbsfähige Energiepreise, Versorgungssicherheit und Technologieoffenheit. Bundesregierung sollte mit Russland über Bezug von günstigem Erdgas verhandeln. Weiter für Pariser Klimaabkommen, aber CO₂-Preis abschaffen (nur globaler Preis wäre sinnvoll). Energienetze verstaatlichen und deren Ausbau aus öffentlichen Mitteln und nicht über Strompreise finanzieren. Gegen Neubau konventioneller Atomkraftwerke. Mehr PV auf öffentlichen Gebäuden; Kommunen und Bürger beteiligen. Für neue Gaskraftwerke als Reservekapaazität. Heizungsrecht zurücknehmen. Einbau von Wärmepumpen fördern, ohne andere Technologien zu diskriminieren. Ausbau Fernwärme. Gasnetze erhalten. Rücknahme des Verbrennerverbotes.

Streit um Schuldenbremse und Steuersätze

Finanzpolitik – Während manche Parteien die Unternehmen entlasten wollen, planen andere eine Ausweitung der Einnahmen **VON KARIN BIRK**

Blickt man auf die Wahlprogramme für die Bundestagswahl am 23. Februar, so versprechen viele Parteien Steuersenkungen. Wie sie Ihre Steuererleichterungen finanzieren wollen, wird oft nur vage skizziert. Hier eine kurze Zusammenstellung.

Die **SPD** will rund 95 Prozent der Steuerzahler bei der Einkommensteuer entlasten. Der Grundfreibetrag von derzeit 12.096 Euro soll steigen und der Spitzensteuersatz erst bei einem Jahresbruttoeinkommen von 93.000 (bisher: 68.430) Euro greifen. Gleichzeitig soll der Spitzensteuersatz auf 45 (42) Prozent erhöht werden. Kapitalerträge sollen bei der Einkommensteuer berücksichtigt werden. Sehr hohe Einkommen ab einem Jahreseinkommen von 278.000 Euro (Singles) sollen mit 47 (45) Prozent Reichensteuer belastet werden. Der Solidaritätszuschlag soll weiter bestehen. Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel soll von sieben auf fünf Prozent gesenkt werden.

Für Unternehmen soll es keine pauschale Steuersenkungen, aber eine Prämie für Investitionen in Höhe

von zehn Prozent der Anschaffungskosten geben. Zur Finanzierung will die SPD sehr hohe Vermögen stärker belasten. Sie will die Erbschaftsteuer steigern und die ausgesetzte Vermögenssteuer wiederbeleben. Investitionen in die Infrastruktur sollen über einen mit 100 Milliarden Euro ausgestatteten Deutschlandfonds finanziert werden. Außerdem soll die Schuldenbremse reformiert werden, um Investitionen zu ermöglichen.

Die **Union** will den Einkommensteuertarif schrittweise absenken. Auch soll die Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz „deutlich“ erhöht werden. Der Mehrwertsteuersatz auf Speisen in der Gastronomie soll auf sieben Prozent gesenkt werden. Die Unternehmenssteuer soll schrittweise auf maximal 25 Prozent gesenkt werden. Der Soli soll abgeschafft, Abschreibungen, die Verlustverrechnung verbessert werden. Die Union will Familienunternehmen in der Erfolgsliste nicht in der Substanz belasten und die Nachfolge vereinfachen. Finanzierung über Wachstumsimpulse durch niedrigere Steuern, durch Reformen bei Sozialleistungen

(Bürgergeld) und Bürokratieabbau. Die Schuldenbremse will die Union nicht anrühren. Die **Grünen** wollen niedrige Einkommen durch einen höheren Grundfreibetrag und einen höheren Arbeitnehmerpauschbetrag in der Einkommensteuer entlasten. Der Soli soll als Teil der Einkommensteuer beibehalten werden. Für Unternehmen soll es eine auf fünf Jahre befristete Investitionsprämie von zehn Prozent auf alle Investitionen (außer in Gebäude) geben. Zur Finanzierung wollen die Grünen die Schuldenbremse so reformieren, dass sie mehr Investitionen zulässt. Bis dahin sollen Investitionen über einen kreditfinanzierten Deutschlandfonds ermöglicht werden. Auch dafür muss das Grundgesetz geändert werden. Zudem sollen Steuerschlupflöcher geschlossen und Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer verringert werden. Einkünfte aus Kapitalerträgen sollen zudem die Sozialkassen finanziell stützen. Die **FDP** will den Grundfreibetrag in der Einkommensteuer um mindestens 1.000 Euro erhöhen. Der Spit-

zensteuersatz soll erst ab 96.600 Euro greifen. Die Unternehmensteuer sollen von derzeit 30 auf 25 Prozent gesenkt werden. Den Soli will die FDP vollständig abschaffen. Die Unternehmensteuer sollen auf unter 25 Prozent gesenkt werden. Finanziert werden sollen die Steuersenkungen durch tiefgreifende Reformen etwa durch den Abbau von Subventionen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse soll bleiben, wie sie ist.

Die **AID** möchte einen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und niedrigeren Steuersätzen sowie einen auf 15.000 Euro erhöhten Grundfreibetrag. Der Soli soll abgeschafft und die Mehrwertsteuer in der Gastronomie auf sieben Prozent gesenkt werden. Der Sparerfreibetrag auf Kapitaleinkünfte soll erhöht werden. Die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer und die Grundsteuer will die AfD ganz abschaffen. Die Grundsteuer der Kommunen soll durch einen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer ersetzt werden. Die Unternehmenssteuer will die AfD rechtsformneutral gestalten

und senken. Die Schuldenbremse soll bleiben. Finanziert werden sollen die Steuersenkungen etwa durch Ausgabenkürzungen in der Klima- und Asylpolitik, beim Bürgergeld und bei den EU-Beiträgen.

Die **Linke** will niedrigere Einkommen entlasten und höhere belasten. Sie will die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Bus, Bahn und Hygieneprodukte streichen. Das zu versteuernde Einkommen unter dem Existenzminimum von 16.800 Euro im Jahr soll steuerfrei bleiben. Der Spitzensteuersatz soll ab 70.000 Euro auf 53 Prozent steigen. Ab rund 260.000 Euro soll eine „Reichensteuer“ von 60 Prozent und ab einer Million Euro von 75 Prozent greifen. Der Soli soll bleiben. Die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden. Für Betriebsvermögen soll es einen Freibetrag von fünf Millionen Euro geben. Erbschaften ab drei Millionen Euro zuzüglich Freibeträgen sollen mit 60 Prozent besteuert werden. Die Körperschaftsteuer für Unternehmen soll erhöht und die Gewerbesteuer reformiert werden. Für das arbeitstensive Handwerk sollen ermäßigte

Steuersätze (Umsatzsteuer) gelten. Für mehr Investitionen soll die Schuldenbremse abgeschafft werden. Das Bündnis Sahra Wagenknecht **BSW** will Einkommen bis 7.500 Euro brutto steuerlich entlasten und „überdurchschnittliche Einkommen und Großvermögen“ belasten. So soll der Grundfreibetrag erhöht und der Spitzensteuersatz erst bei sehr hohen Einkommen greifen. Die gesetzliche Rente bis 2.000 Euro soll steuerfrei bleiben. Für Sozialabgaben soll es einen Grundfreibetrag geben. Das BSW will die Vermögenssteuer reaktivieren: Für Vermögen ab 25 Millionen Euro soll der Steuersatz bei einem Prozent, für Vermögen ab 100 Millionen Euro bei zwei Prozent und bei solchen über einer Milliarde Euro bei 3 Prozent liegen. Die Schuldenbremse soll so reformiert werden, dass kreditfinanzierte Investitionen in Infrastruktur und Wohnungen nicht berücksichtigt werden.

Zu diesem Schwerpunkt: Berücksichtigt werden die derzeit im Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen. Die Reihenfolge ergibt sich aus der Anzahl der Sitze im Bundestag.

KOMMENTAR

Gräben überwinden

Deutschland muss nach der Wahl schnell handlungsfähig werden **VON FRANK HÜPERS**

Je näher der Wahltermin rückt, desto emotional aufgeladener wird der Kampf ums Kanzleramt.

Die Migration dominiert die öffentliche Debatte und drückt ein anderes Thema in den Hintergrund, das mindestens ebenso wichtig ist: Der Standort Deutschland braucht dringend einen Neustart. Zwei Jahre Rückgang des Bruttoinlandsprodukts haben tiefe Spuren hinterlassen und dem einstigen Wachstumschampion die rote Laterne in die Hand gedrückt.

Auch unsere Handwerksbetriebe leiden unter der Rezession. Die Industriezulieferer bekommen weniger Aufträge, das Kfz-Handwerk spürt den Absatzeinbruch bei den E-Fahrzeugen und die Krise im Wohnungsbau schlägt auf immer mehr Gewerke im Ausbau durch. Die Entscheiderinnen und Entscheider in den Werkstätten werden deshalb ganz genau hinschauen, welche Partei das beste Programm für eine Wirtschaftswende bietet.

In einer Umfrage des Forschungsinstituts für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln haben im Jahr 2023 drei Viertel der angestellten Meisterinnen und Meister die Gründung oder Übernahme eines Betriebs langfristig ausgeschlossen. Der am häufigsten genannte Grund der Befragten ist mit 49 Prozent die überbordende Bürokratie. Aktuell dürfte dieser Wert sogar noch höher liegen. Das müssen in Berlin doch die Alarmglocken schrillen.

Statt Vorkasko-Mentalität brauchen wir wieder mehr Lust auf Eigenverantwortung - in Politik und Gesellschaft. Um die Unternehmen im Land zu halten und mehr Menschen Bock auf Business zu machen, braucht es einen Bürokratieabbau, der über kosmetische Maßnahmen hinausgeht.

Statt Verhinderer benötigen wir in den Behörden wieder mehr Partner und Ermöglicher für kleine und mittlere Unternehmen. Geplante Regulierungen, wie zum Beispiel die EU-Entwaldungsverordnung, dürfen nicht kommen, bereits bestehende, wie das Lieferkettengesetz auf Bundes- und EU-Ebene, müssen schnell wieder abgeschafft werden.

frank.huepers@holzmann-medien.de



Frank Hüpers
stv. Chefredakteur
der DHZ
Foto: HWK München

Der Staat muss seine Finanzen in Ordnung halten, aber gleichzeitig Geld in die Hand nehmen, um die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen. Unser Land braucht international wettbewerbsfähige Unternehmensteuer und eine faire Einkommensteuer, die unsere als Einzelunternehmer firmierenden Handwerker nicht vergisst.

Auch bei den Lohnzusatzkosten ist es höchste Zeit für eine Kehrtwende: Die Beitragslast für Betriebe und Beschäftigte muss durch Reformen und eine Ausgabenbremse wieder dauerhaft unter 40 Prozent gedrückt werden. Handwerk und Mittelstand dürfen bei der Energiewende nicht benachteiligt werden: Die Stromsteuer muss auf den EU-rechtlich zulässigen Mindestwert gesenkt werden - und zwar nicht nur für das produzierende Gewerbe.

Um die Berufsausbildung zu fördern und den Fachkräftebedarf zu decken, braucht Deutschland unter anderem eine umfassende Berufsorientierung an den Schulen. Die Meisterqualifizierung muss gestärkt und die gleichwertige von beruflicher und akademischer Bildung gesetzlich verankert werden. Auch an die Weiterbildung muss sich die neue Bundesregierung dringend begeben: Der Investitionsboom in den 550 Bildungsstätten des Handwerks ist in den vergangenen Jahren auf drei Milliarden Euro angewachsen.

Damit nach der Wahl rasch eine handlungsfähige Bundesregierung auf die Beine gestellt werden kann, müssen die im Wahlkampf aufgerufenen Gräben überwunden und die Gemeinsamkeiten betont werden. Sonst droht eine Hängepartie, die unserer Demokratie schwer schadet.

MAZDA CROSSOVER WOCHE

ATTRAKTIVE ANGEBOTE FÜR IHR BUSINESS

Edles Kodo-Design trifft auf fortschrittliche Technologie und innovative Motoren. Entdecken Sie den kraftvollen Mazda CX-30 mit neuem Motor, den eleganten Mazda CX-60 mit bis zu 2,5 t Anhängelast oder den geräumigen Mazda CX-80 mit 3 Sitzreihen für bis zu 7 Personen. Informieren Sie sich über unsere Angebote exklusiv für Businesskunden bei Ihrem Mazda Partner oder auf www.mazda.de

0€

Anzahlung

Mazda CX-60 ab

352€*

mtl. leasen

Energieverbrauch gewichtet kombiniert für den Mazda CX-60 Plug-in Hybrid Prime-Line: 1,4 l / 100 km und 22,7 kWh Strom / 100 km. CO₂-Emissionen gewichtet kombiniert: 31 g / km. CO₂-Klasse: B. Kraftstoffverbrauch kombiniert und CO₂-Klasse bei entladener Batterie: 7,7 l / 100 km. CO₂-Klasse: F

Weitere Informationen zur elektrischen Reichweite, Energiekosten, KFZ-Steuer und CO₂-Kosten finden Sie unter www.mazda.de/Energieverbrauch.

*Monatliche Rate zzgl. Mehrwertsteuer für ein gewerbliches Leasingangebot (Kilometer-Leasing) der Mazda Finance – einem Service-Center der Santander Consumer Leasing GmbH (Leasinggeber), Santander-Platz 1, 41061 Mönchengladbach – bei 0,00 € Sonderzahlung, 36 Monaten Laufzeit und 30.000 km Gesamtfahrleistung für einen Mazda CX-60 e-Skyactiv PHEV Prime-Line | 2,5i Benzinler + Elektro 241 (327) kW (PS). Inklusive einer GAP-Vereinbarung gemäß den Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Regelungen für Kilometerleasingverträge mit gewerblichen Kunden. Beinhaltet Kundenabritt teilnehmender Mazda Vertragshändler. Das Angebot ist gültig für Gewerbekunden, Freiberufler oder Selbstständige und jeweils zzgl. Überfahrs- und Zulassungskosten. Bei der gezeigten Abbildung handelt es sich um ein Beispielbild eines Mazda CX-60 2025, die Ausstattungsmerkmale des abgebildeten Fahrzeuges sind nicht Bestandteil des Angebotes.

CRAFTED IN JAPAN